

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
IX / 2002

Recht, Gerechtigkeit und Frieden

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2001
- MUSICA PRO PACE 2001
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

Ein Jahr Deutsche Stiftung Friedensforschung – eine erste Bilanz

Die Eröffnung des *Steinwerk Ledenhof* als Sitz der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) in Osnabrück am 3. Mai 2002 fiel fast mit dem einjährigen Bestehen der Stiftung zusammen. Der Umzug in das historische Gebäude, das die Friedensstadt der Stiftung zur dauerhaften Nutzung angeboten hatte, steht als Sinnbild für eine erste Aufbauphase, die im April 2001 mit der konstituierenden Sitzung des Stiftungsrates begann und mit der Einrichtung der Geschäftsstelle im August ihre Fortsetzung fand. Nachdem die Deutsche Bundesstiftung Umwelt als die »große Schwester« in Osnabrück die Geschäfte der DSF mehr als ein Jahr treuhänderisch verwaltet hatte, erlangte die Stiftung im Dezember 2001 schließlich ihre rechtliche Selbständigkeit und die Anerkennung als gemeinnützige Stiftung – auch dies ein Anlass, der in der Feierstunde am 3. Mai eine Würdigung fand.¹

Die Bundesregierung, vertreten durch das BMBF, hatte die DSF im Oktober 2000 in der Absicht gegründet, die Friedensforschung in Deutschland »dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen«.² Hierfür wurde sie mit einem Vermögen von 25,5 Mio. Euro ausgestattet. Dem Stiftungsrat gehören acht Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie sieben Mitglieder aus Regierung und Parlament an.

Mit der Berufung eines wissenschaftlichen Beirats im Frühjahr 2002 ist der institutionelle Aufbau der Stiftung mittlerweile weitgehend abgeschlossen. Bereits auf den ersten beiden Sitzungen im April und Juni 2001 fasste der Stiftungsrat eine Reihe von Grundsatzbeschlüssen, mit welchen die unmittelbare Verwirklichung der Stiftungsaufgaben eingeleitet wurden. Auf diese Weise konnte bereits im August 2001 der Aufbau der Projektförderung beginnen. In wenigen Wochen richtete die Stiftung ein Begutachtungs- und Bewilligungsverfahren ein, so dass bereits im Oktober die ersten Gelder für Kleinprojekte ausbezahlt werden konnten. Im ersten Quartal 2002 nahmen die ersten Zwei-Jahres-Projekte ihre Forschungsarbeiten auf. Im gleichen Zeitraum unternahm die DSF auch die ersten Schritte zur Realisierung des mit 5 Mio. Euro ausgestatteten Nachwuchsförderungsprogramms. Es soll dazu beitragen, die durch eine jahrelange Unterfinanzierung der Friedensforschung entstandenen strukturellen Defizite, insbesondere im Bereich der Ausbildung junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, zu beseitigen.

Somit kann die DSF nach einjährigem Bestehen schon auf einen ansehnlichen Umfang der Fördermaßnahmen verweisen. Es ist deshalb angebracht, eine erste Bilanz der Stiftungsaktivitäten zu ziehen, wenngleich – abgesehen

von einigen Kleinprojekten – noch keine Ergebnisse der geförderten Forschungsvorhaben präsentiert werden können. Im Folgenden werden deshalb vor allem die inhaltlichen Schwerpunkte der Projektförderung sowie die besonderen Akzentsetzungen im Bereich der Nachwuchsförderung, wie sie sich bis Juni 2002 herauskristallisiert haben, vorgestellt.

I. Die Forschungsprojektförderung der DSF: eine erste Auswertung – Eine der Hauptaufgaben der DSF ist die Forschungsprojektförderung im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Hierbei erstreckt sich die Rolle der Stiftung laut Satzung jedoch nicht nur auf die finanzielle Unterstützung von wissenschaftlichen Vorhaben, sondern auch auf deren Initiierung. Sie hat somit die Möglichkeit, aktiv in den Forschungsprozess einzugreifen, indem sie eigene Tagungen veranstaltet oder bestimmte Förderschwerpunkte ausschreibt. Dies ist insbesondere in Themengebieten vorgesehen, wo die DSF ein Forschungsdesiderat oder einen aktuellen Diskussionsbedarf sieht. Als Grundlage der Projektförderung dient ein umfangreiches Grundsatzpapier zu den Leitthemen und Schwerpunkten unter dem Titel *Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten*, das eine eigens einberufene Struktur- und Findungskommission, zusammengesetzt aus renommierten Friedensforschern und -forscherinnen, ausgearbeitet hatte.³ In der Anfangsphase hielt die Stiftung eine darüber hinausgehende thematische Einengung für nicht sinnvoll und zog eine Öffnung für das gesamte Spektrum friedenswissenschaftlicher Forschungen vor. Die Auswahl der eingereichten Projektanträge richtet sich folglich an Prüfkriterien aus, wie sie in den *Rahmenbedingungen Forschungsprojektförderung* festgehalten sind.⁴ Maßgeblich sind deshalb neben der Relevanz für die Friedensforschung insbesondere die wissenschaftliche Originalität und Qualität des beantragten Vorhabens, die letztendlich auch zur Profilbildung der Stiftung beitragen. Darüber hinaus legt die Stiftung großen Wert auf die Transfermöglichkeiten der Forschungsergebnisse in die Praxis.

Mittlerweile steht die Projektförderung bei zwei jährlichen Antragsterminen im Juni und Dezember bereits in der dritten Auswahlrunde, so dass es möglich ist, den Umfang wie auch die inhaltlichen Schwerpunkte in einer ersten Übersicht auszuwerten. Insgesamt erhielt die Stiftung im ersten Jahr mehr als 50 größere Anträge auf Projektförderung, die ein finanzielles Volumen von bis zu 150.000 Euro und eine zweijährige Laufzeit haben können. Hinzu kommen mehr als 30 Anträge zu Kleinprojekten, meist für Tagungen, Publikationen und Forschungsreisen, deren Höchstbetrag auf jeweils 25.000 Euro begrenzt ist. Sie werden je nach Art des Antrags vom Geschäftsführenden Vorstand oder vom Stiftungsrat fortlaufend entschieden.

Schon bei der Antragstellung wurde deutlich, dass in den unterschiedlichsten Fachdisziplinen zu friedenswissenschaftlichen Themen geforscht wird. So erhielt die Stiftung Anträge sowohl aus naturwissenschaftlichen Fächern wie

der Physik oder der Biologie als auch aus den Ernährungswissenschaften, der Soziologie und Sozialpsychologie bis hin zur Politik- und Rechtswissenschaft. Auch wenn in der Regel eine fachwissenschaftliche Ausrichtung vorherrschend ist, so lässt sich doch als ein besonderes Merkmal festhalten, dass die Fragestellungen in vielen Fällen interdisziplinär angelegt sind und eine fachübergreifende Kooperation angestrebt wird.

Auf der Grundlage der eingeholten Gutachten bewilligte die DSF bereits im ersten Jahr 15 größere Forschungsvorhaben mit einem finanziellen Gesamtvolumen von rund 1,61 Mio. Euro (Stand Juni 2002). Darunter befinden sich ein großes Konferenzprojekt und ein einjähriges Projekt, während die übrigen Vorhaben eine Laufzeit von zwei Jahren haben. Hinzu kommen zwanzig geförderte Kleinprojekte, für die die Stiftung weitere 130.000 Euro zur Verfügung stellte. Anhand der folgenden Übersicht lassen sich einige bemerkenswerte Schwerpunkte beobachten:⁵

Tabelle 1: Bewilligte Projekte der DSF (August 2001-Juni 2002)

	Großprojekte (15)	Kleinprojekte (18)
Rüstungskontrolle	5	3
Konfliktprävention	3	2
Konfliktbearbeitung	3	2
Völkerrecht	2	
Konflikt und Medien	2	
Gender		2
Publikationen		5
Sonstiges		4

Überraschen mag vor allem die starke Präsenz naturwissenschaftlicher Forschungsvorhaben – in der Tabelle unter dem Stichwort Rüstungskontrolle aufgeführt –, die oftmals in der Außenwahrnehmung nicht mit der Friedensforschung in Verbindung gebracht werden. Hierbei wird häufig übersehen, dass die Wurzeln der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Frieden in die 1950er Jahre zurückreichen, als insbesondere Naturwissenschaftler wie der Physiker und Philosoph *Carl Friedrich von Weizsäcker* auf die verheerenden Folgen einer atomaren Kriegsführung aufmerksam machten.⁶ Die DSF knüpft somit nicht nur an diese Tradition an, sondern setzt sich auch das Ziel, die Friedensforschung in die Arbeit naturwissenschaftlicher Fachbereiche zu integrieren.

Die von der DSF geförderten Projekte befassen sich überwiegend mit Fragen einer präventiven Rüstungskontrolle. Sie untersuchen die aktuellen und zukünftigen Gefährdungspotenziale, die von der Entwicklung neuer Techno-

logien ausgehen können. In vielen neuen Forschungszweigen stellt sich unmittelbar das Problem des *dual use*, einer zivilen wie auch militärischen Nutzung von Innovationen. Es geht jedoch nicht nur um die mögliche Herstellung neuartiger Waffensysteme und damit verbundener Aufrüstung, sondern auch um das nach den Anschlägen vom 11. September mit großer Heftigkeit diskutierte Problem eines Missbrauchs für terroristische Zwecke.

Die geförderten Projekte haben somit sowohl eine wissenschaftliche als auch eine aktuelle politische Relevanz, wie die folgenden Beispiele verdeutlichen: So fördert die DSF ein Projekt in der *Biotechnologie*, einem Forschungsfeld, das sich in den letzten Jahren durch eine große Dynamik auszeichnete. Aufgeschreckt durch die Milzbrandanschläge in den USA nahm erstmals wieder eine größere Öffentlichkeit die damit verbundenen Gefahren wahr, die zu neuartigen biologischen Massenvernichtungswaffen führen könnten. Hieraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit zur Prävention mittels internationaler Abkommen.⁷

Um die Wirksamkeit solcher Übereinkommen auf internationaler Ebene auszuloten, fördert die DSF auch ein Kleinprojekt, das nach dem Scheitern der jüngsten Verhandlungen zur B-Waffen-Konvention alternative Möglichkeiten zur Kontrolle bei der Herstellung von Biowaffen durch die Einbeziehung nicht-militärischer multilateraler Abkommen (Biosicherheit) aufzeigen möchte.⁸

Auch im Bereich nuklearwaffenfähiger Materialien ergeben sich durch neue technologische Entwicklungen Gefahren für einen möglichen Missbrauch. Ein hiermit befasstes Projekt will dazu beitragen, Schlussfolgerungen für die Fortschreibung internationaler Non-Proliferationsabkommen zu ziehen.⁹

Auf eine frühzeitige präventive Rüstungskontrolle zielt ein Projekt zur *Nanotechnologie*. Diese erschließt ein Feld, das die bereits etablierte Mikrosystemtechnik um eine Dimension erweitern wird und möglicherweise zur Entwicklung von heute kaum vorstellbaren Waffensystemen führen könnte.¹⁰

Ähnliches gilt für ein Vorhaben, das sich mit den technischen Möglichkeiten von weltraumgestützten Waffensystemen und den Folgen einer solchen Entwicklung für die internationale Sicherheit auseinandersetzt.¹¹

Das gemeinsame Ziel dieser Forschungen lautet deshalb nicht nur, auf die Gefahren neuartiger Technologien und Waffensysteme aufmerksam zu machen, sondern auch einen Impuls für eine *präventive Rüstungskontrolle* zu geben. Um solch komplexe Themenstellungen bearbeiten zu können und die Forschungsergebnisse in die politische Praxis einmünden zu lassen, ist eine effiziente Vernetzung der meist kleinen Expertengemeinde eine wichtige Voraussetzung. Die DSF fördert deshalb ein internetgestütztes Vorhaben, das die Fachleute im Bereich der weltweiten Raketenrüstung und der damit verbundenen Potenziale an Massenvernichtungswaffen miteinander verbindet

wird. Darüber hinaus sollen die Ergebnisse in den wissenschaftlichen und öffentlich-politischen Diskurs einfließen. Es ist beabsichtigt, mit dieser Vorgehensweise diplomatischen Konfliktlösungen (»*Diplomacy first!*«) in Form internationaler Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen den Weg zu bereiten.¹²

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Anschläge vom 11. September 2001 werden die Möglichkeiten der Konfliktprävention mit neuer Intensität diskutiert. Die DSF fördert hierzu eine Reihe von Projekten, die oftmals in enger Verbindung mit Fragen der Konfliktbearbeitung und deren präventiven Elementen stehen. Obwohl die Forderung nach Konfliktprävention immer wieder erhoben wird, fehlen noch immer Forschungen, welche die Möglichkeiten und Grenzen von Präventions- und Interventionsmaßnahmen bei gewaltsamen Konflikttypen, wie sie in der jüngsten Zeit im internationalen System zu beobachten sind, systematisch untersuchen, um daraus Handlungsoptionen und zugehörige Instrumentarien zu entwickeln.¹³

Regional konzentrieren sich die derzeit geförderten Projekte auf zwei Konflikttherde: das ehemalige Jugoslawien und den afrikanischen Kontinent. Die zahlreichen Interventionen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure in die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Balkanraum ermöglichen der Friedensforschung eine systematische Aufarbeitung von Handlungsmustern und Erfahrungen, insbesondere unter dem Aspekt der Wirkungsgeschichte. Die DSF fördert sowohl ein Projekt, das eine übergreifende Auswertung der Interventionen in Form eines *impact assessment* vornimmt,¹⁴ als auch kleinere Vorhaben, die sich Einzelfragen widmen. Hierzu zählt eine Untersuchung über die Erfahrungen der zivilen Akteure des *Balkan Peace Teams* zur konstruktiven Konfliktbearbeitung¹⁵ ebenso wie ein internationales Konferenzprojekt, das sich mit Fragen von Identität, *Gender* und Konflikt in den Nachkriegsgesellschaften des ehemaligen Jugoslawien¹⁶ auseinandersetzt. Gerade in den letzten Jahren ließ sich in zunehmendem Maß beobachten, dass in der Krisenprävention und -bearbeitung Nicht-Regierungsorganisationen erheblich an Bedeutung gewannen. Damit stellt sich jedoch die Frage nach der demokratischen Legitimation der NGOs, die häufig in einem transnationalen Raum agieren und als Kooperationspartner staatlicher Akteure anerkannt werden, aber keiner parlamentarischen Kontrolle oder Rechenschaftspflicht unterliegen. Auch für dieses Projekt dient mit Mazedonien eine ehemalige Teilrepublik Jugoslawiens als Gegenstand einer Fallstudie.¹⁷

In enger Verbindung mit den Erfahrungen im ehemaligen Jugoslawien stehen zwei weitere Projekte, die sich mit der Rolle von Medien in oder nach gewaltsamen Konflikten auseinandersetzen. Ausgehend von der Überlegung, dass Medien nicht nur über Kriege Bericht erstatten, sondern auch Teil des Krieges selbst sind, ja zur Waffe werden können, wird das Wechselspiel zwischen Konflikt, Macht und Information am Beispiel der Balkankriege

untersucht. Hieraus sollen Rückschlüsse auf friedenswissenschaftliche Medienstrategien gezogen werden, die dann auch zur Konfliktvermeidung oder Konfliktbearbeitung beitragen können.¹⁸ In Nachkriegsgesellschaften kommt den Medien gleichermaßen eine große Bedeutung zu, denn sie können nicht unwesentlich zu einer Versöhnung der Konfliktparteien und damit zu einem stabilen Frieden beitragen. Das zweite Medienprojekt untersucht in vergleichender Perspektive die Diskurse in Europa und in Serbien, um ein handlungsleitendes Modell für Journalisten zu entwickeln.¹⁹ In beiden Vorhaben sollen die Forschungsergebnisse unmittelbar in Form von Workshops und Lernwerkstätten in die praktische Arbeit einfließen.

Eine ausdrücklich auf die Zukunft gerichtete Präventionszielsetzung hat ein gefördertes Workshop-Projekt, das sich den Problemen der russischen Enklave *Kaliningrad* zuwendet, einer Region, die in Kürze von EU-Staaten umgeben sein wird. Da bis heute keine Vereinbarungen über ihren zukünftigen Status, geschweige denn über eine mögliche Integration in die regionalen Strukturen in Sicht sind, zielt das Vorhaben darauf ab, das als hoch eingeschätzte Konfliktpotenzial durch einen konstruktiven Dialog der lokalen und regionalen Akteure zu verringern. Ein auf zwei Workshops erarbeitetes *Policy Paper* mit konkreten Vorschlägen und Handlungsoptionen soll die Grundlage für diesen Dialog sein.²⁰

Bürgerkriege, zunehmender Staatszerfall, lokale *Warlords* sind Kennzeichen einer Entwicklung, die in den letzten Jahren mehrere Regionen auf dem schwarzen Kontinent destabilisiert hat. Zwei von der DSF geförderte Projekte wenden sich großen Krisenregionen zu: Im vom Völkermord zerrütteten Ruanda sollen die Möglichkeiten zur Konfliktttransformation untersucht werden.²¹ Die Rolle von De- und Re-Mobilisierungsprozessen und ihre Bedeutung für die innenpolitischen Machtverhältnisse stehen im Zentrum des zweiten Projekts.²² Inwiefern die innenpolitischen Destabilisierungen gerade in Entwicklungsländern im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Globalisierungsprozessen stehen, ist das Forschungsthema eines politikwissenschaftlichen Projektes, das die Thematik vorwiegend mit quantitativen Methoden und Modellen bearbeiten wird.²³

Schließlich fördert die DSF zwei wissenschaftliche Vorhaben, die sich mit aktuellen Fragen und Problemen des Völkerrechts befassen. Hierzu zählt ein internationales Konferenzprojekt, das den vom Generalsekretär der Vereinten Nationen angestoßenen Diskussionsprozess zum Thema »Redefining Sovereignty« aufnimmt, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisation vor dem Hintergrund der jüngsten Konflikt- und Interventionserfahrungen zu erweitern.²⁴ Nicht weniger bedeutsam ist das zweite Projekt, das sich den Informationspflichten bei der Ausübung des Selbstverteidigungsrechts gegenüber den Vereinten Nationen widmet. Diese Frage erhält nicht zuletzt bei der Bekämpfung

fung des Terrorismus ein erhebliches Gewicht, da hier Organisationen im transnationalen Raum agieren, während das Völkerrecht vorrangig zwischenstaatliche Beziehungen regelt.²⁵

Somit gewinnt die Projektförderung der DSF trotz eines breiten Spektrums der geförderten Einzeldisziplinen ein klares Profil. Die Schwerpunkte liegen in drei Themenbereichen: der Rüstungskontrolle, der Konfliktprevention und der Konfliktbearbeitung. Hierbei spielt die Aufarbeitung der Erfahrungen mit den gewaltsamen Konflikten und Interventionen im ehemaligen Jugoslawien eine zentrale Rolle. Darüber hinaus bieten diese aber auch eine Fülle an empirischem Material, das in Fallstudien ausgewertet wird, um daran die eigenen Theorien und Konzepte zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Die so gewonnenen Erkenntnisse können in praktische Handlungsanleitungen umgesetzt werden, die im Umgang mit anderen Konfliktherden von großem Nutzen sein können. Voraussetzung hierfür ist aber auch eine Fortentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die dafür Sorge tragen müssen, dass sich im internationalen System nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts durchsetzt. Aus diesen Überlegungen heraus muss die Friedensforschung nach dem 11. September keinen Perspektivenwechsel vornehmen, obgleich sich durch die Zielsetzung der Eindämmung des Terrorismus eine Reihe neuer Herausforderungen ergeben.

II. Das Programm zur Nachwuchsförderung — Angesichts der einhellig festgestellten strukturellen Defizite der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland, die gerade im internationalen Vergleich besonders deutlich zutage treten, ist es nicht verwunderlich, dass der Stiftungsrat bereits in seiner konstituierenden Sitzung der Nachwuchsförderung eine hohe Priorität beimaß. Das umfangreiche Programm kann jedoch nur unter der Voraussetzung realisiert werden, dass die Stiftung über einen Zeitraum von fünf Jahren auch einen Teil ihres Stiftungsvermögens für diesen Zweck zur Verfügung stellt. Das zunächst nur in seinen Grundzügen beschlossene Programm sieht Fördermaßnahmen in fünf Teilbereichen vor, die nicht nur die größten Lücken in der Ausbildung und Forschung schließen, sondern auch zu neuen Kooperationsformen zwischen den an der Friedensforschung beteiligten Fachdisziplinen führen sollen.²⁶ Darüber hinaus erhofft sich die Stiftung von der Initiativförderung zusätzliche Impulse für eine eigenständige Fortentwicklung der Friedensforschung.

Nach Ablauf des ersten Jahres kann die Stiftung auch in diesem Bereich bereits eine ansehnliche Bilanz ziehen. So wurden die Mittel für zwei der fünf Teilprogramme, die Promotionsförderung und den postgradualen Masterstudiengang, in einer Gesamthöhe von rund 1,9 Mio. Euro schon bewilligt, zwei weitere, der geistes- und sozialwissenschaftliche Masterstudiengang und die Stiftungsprofessur, befinden sich in der Phase der Begutachtung bzw. der

Ausschreibung. Es besteht somit die gute Aussicht, dass im laufenden und im nächsten Jahr die Nachwuchsförderung bisher ungekannte Studien- und Forschungsmöglichkeiten im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung schaffen wird.

Bei der Umsetzung des Nachwuchsförderungsprogramms geht es der Stiftung jedoch nicht nur darum, strukturelle Lücken zu schließen und neue, international vergleichbare Angebote zu schaffen. Die Fördermaßnahmen dienen zugleich auch dem Ziel, die Spielräume des derzeitigen Hochschulreformprozesses zu nutzen, um mit tragfähigen Innovationen und mit *best practice* Akzente in der Hochschulentwicklung, in Lehre und Forschung zu setzen. Die Stiftung wird jedes Teilprogramm mit einem *Monitoring* unterstützend begleiten und zu gegebener Zeit eine Evaluierung durch unabhängige Experten vornehmen. Auf diese Weise soll ein konstruktiver Dialog zwischen Projektnehmern, DSF und Gutachtenden entstehen, um das Erreichte zu überprüfen und Verbesserungsmöglichkeiten auszuloten. Insofern versteht die Stiftung die Nachwuchsförderung auch als nachhaltigen Investitionsbeitrag in die Zukunft der gesamten Friedens- und Konfliktforschung.

In einer öffentlichen Ausschreibung hatte die DSF zunächst Mittel zur Einrichtung einer *Promotionsförderung* mit Betreuungssystem ausgeschrieben.²⁷ Als Ergebnis des Auswahlverfahrens wurden die Fördermittel in jeweils identischer Höhe an das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und das Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg vergeben. Die Stiftung stellt hierbei die insgesamt 24 Stipendien – verteilt auf zwei Förderperioden mit je 24 Monaten – und die zugehörigen Sachausstattungen zur Verfügung, während die Ausschreibung, Auswahl und Betreuung der Stipendiaten und Stipendiatinnen durch die geförderte Institution erfolgen.

Das angeschlossene Betreuungssystem soll nicht nur die vorherrschende individuelle Betreuung ergänzen und zu einer Verkürzung der Promotionszeit beitragen, sondern auch zusätzliche Schlüsselqualifikationen vermitteln, die die Promovierenden auf zukünftige Berufsfelder innerhalb und außerhalb wissenschaftlicher Einrichtungen vorbereiten. Hierzu zählen insbesondere Schlüsselqualifikationen wie Kommunikations-, Präsentations- und Medienkompetenz, interdisziplinäre Arbeitsmethoden, Teamfähigkeit sowie Organisations- und Publikationstechniken. Außerdem sind Angebote für eine hochschuldidaktische Fortbildung gefordert, um die Nachwuchswissenschaftler/innen mit der erforderlichen Lehr- und Managementkompetenz auszustatten, insbesondere mit Blick auf die neuen Anforderungen durch die Reform des Hochschulwesens. Darüber hinaus sollen die Promovierenden Gelegenheiten erhalten, Erfahrungen im nationalen und internationalen Wissenschaftsdiskurs zu sammeln.

Im Dezember 2001 bewilligte der Stiftungsrat das erste der beiden Studiengangprojekte, das die DSF ebenfalls mit Stipendien, zusätzlich aber auch mit Personal- und Sachausstattungen unterstützt. Insgesamt werden für den postgradualen *Masterstudiengang »Friedensforschung und Sicherheitspolitik«* über einen Zeitraum von fünf Jahren Mittel in Höhe von bis zu 1,2 Mio. Euro bereitgestellt. Getragen wird der Studiengang von einem für Beitritte offenen Kooperationsverbund deutscher Friedensforschungsinstitutionen. Im Herbst 2002 wird bereits der Studienbetrieb aufgenommen, der die Studierenden in einem einjährigen Intensivstudium zum einen in die theoretischen Grundlagen der Friedensforschung über die Grenzen der Fachdisziplinen hinweg einführt, zum anderen im zweiten Studienabschnitt auch Praxiserfahrungen vermittelt, die überwiegend in einer Residenzinstitution des Kooperationsverbundes erworben werden sollen. Das Studienangebot richtet sich insbesondere an Interessenten, die bereits ein Vollstudium absolviert und berufliche Erfahrungen gesammelt haben und nun eine Spezialisierung im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung suchen. Mit der interdisziplinären Ausrichtung und der Verbindung von Theorie und Praxis bietet der international besetzte Studiengang ein bisher einzigartiges Angebot.

Eine unerwartet große Resonanz unter den deutschen Hochschulen fand die Ausschreibung des *geistes- und sozialwissenschaftlichen Masterstudienganges*.²⁸ Insgesamt lagen der Stiftung acht Bewerbungen vor, die auf sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Konzeptionen gründeten. Die DSF setzte eine Gutachterkommission mit der Aufgabe ein, die Förderanträge auf ihre Substanz und Entwicklungsmöglichkeiten zu prüfen und eine erste Vorauswahl für eine zweite Qualifizierungsphase zu treffen. Besonders erfreulich war die Rückmeldung, dass einige Bewerber selbst im Fall einer Ablehnung ihr eingereichtes Projekt auch ohne eine Förderung weiter verfolgen wollen.

Wichtige Kriterien bei der Bewertung der Studiengangkonzeptionen sind die friedenswissenschaftliche Kompetenz, eine tragfähige Infrastruktur und ein klar strukturierter Studienaufbau, der eine optimale Betreuung der Studierenden ermöglicht. Zentrale Bausteine des Vorhabens sind ferner eine konsequent umgesetzte interdisziplinäre Lehr- und Lernumgebung, Möglichkeiten zum Erwerb einer interkulturellen Kompetenz, Praxiselemente sowie ein durchdachtes hochschuldidaktisches Konzept, das sich auf der Höhe der internationalen Reformdiskussion bewegt. Sofern die zweite Qualifizierungsphase mit einer Entscheidung des Stiftungsrates und die anschließenden organisatorischen Vorbereitungen, insbesondere die aufwendige Akkreditierung, erfolgreich zum Abschluss gebracht werden können, soll der Studienbetrieb mindestens an einem Standort im Wintersemester 2003/04 beginnen. Möglicherweise wird das Studiengangprojekt auch durch Mittel aus der Exzellenzförderung gestärkt, über deren Verwendung noch keine endgültige Entscheidung gefallen ist.

Mit dem Beschluss des Stiftungsrates vom April 2002, die im Nachwuchsförderungsprogramm vorgesehene *Stiftungsprofessur* in der naturwissenschaftlichen Friedensforschung zu verankern, kam ein weiteres Projekt einen entscheidenden Schritt voran. Im Vorfeld der Weichenstellung hatte die DSF dazu eingeladen, auf einem Symposium *Naturwissenschaft und Friedensforschung* in Berlin intensiv über die Grundfrage zu diskutieren, ob eine naturwissenschaftliche Ausrichtung den erwarteten Ertrag für die Friedensforschung erbringen könne und ob ein solches Vorhaben Aussicht auf Erfolg haben werde.²⁹ Auf der Tagung plädierten sowohl Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen verschiedener Fachdisziplinen als auch Universitätsvertreter und Rezipienten der Forschungsergebnisse nachdrücklich für die Einrichtung einer solchen Stiftungsprofessur. Einige Referenten vertraten sogar die Ansicht, es bestehe ein Bedarf für zwei oder drei solcher Stellen. Überraschenderweise gaben drei Vertreter von Hochschulleitungen unmittelbar zu erkennen, dass sie die Stiftungsprofessur bei sich aufnehmen und nach der Initiativförderung durch die DSF weiterfinanzieren würden.

In der Zwischenzeit liegt der DSF ein Vorschlag der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) vor, der die Ausschreibung der Professur erheblich aufwerten wird. Die VDW regte an, die Stiftungsprofessur mit dem Namen Carl Friedrich von Weizsäcker zu verbinden, der wie kaum ein anderer sein Lebenswerk der Verantwortung des Naturwissenschaftlers für den Frieden widmete und zu den geistigen Wegbereitern der deutschen Friedensforschung nach dem Zweiten Weltkrieg gehört. Die DSF ist Carl Friedrich von Weizsäcker außerordentlich dankbar für seine Zustimmung zu dieser Namensgebung und schreibt folglich Fördermittel für eine »Carl Friedrich von Weizsäcker Stiftungsprofessur Naturwissenschaft und Friedensforschung« aus, die über einen Zeitraum von fünf Jahren eine finanzielle Initiativförderung in Höhe von bis zu 1,25 Mio. Euro vorsieht.

III. Die weiteren Aufgaben — Nach dem Abschluss der ersten Aufbauphase der Stiftung steht nun eine Konsolidierung der Förderprogramme an. Die Verwirklichung der letzten Programmteile der Nachwuchsförderung wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Gleichwohl gilt es in diesem Zusammenhang schon jetzt Vorbereitungen zu treffen, sowohl die Projekt- als auch die Nachwuchsförderung einer begleitenden Evaluation zu unterziehen. Dies geschieht in der Erwartung einer konstruktiven Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten, deren Profil sich bereits heute in ersten Umrissen abzeichnet.

Nach einer thematisch breit gefächerten Projektförderung in der Anfangszeit wird die Stiftung unter Umständen von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen der beiden jährlichen Antragstermine für die Ausschreibung thematisch begrenzter Förderschwerpunkte zu nutzen. Vor allem die Projektförderung muss sich zukünftig an den enger werdenden Budgetgrenzen orien-

tieren, die es voraussichtlich nicht ohne weiteres gestatten werden, alle förderungswürdigen Projektanträge zu unterstützen. Der Bewilligung von Projektgeldern wird folglich unter schwierigeren Wettbewerbsbedingungen stattfinden.

Aus demselben Grund steht auch eine Neuordnung der Mittelvergabe bei Kleinprojekten an. In diesem Bereich erhält die Stiftung eine wachsende Zahl von Anträgen, die das zur Verfügung stehende Budget zu sprengen drohen. Dies gilt insbesondere auch für die Publikationsförderung, die zunächst den aus den geförderten Projekten hervorgehenden Veröffentlichungen zur Verfügung stehen wird. Zusätzlich zeichnet sich eine steigende Nachfrage nach Druckkostenzuschüssen aus der Friedensforschung ab, die möglicherweise nur noch mit einem begrenzten Budget bedient werden kann.

Über die Veröffentlichungen und die Öffentlichkeitsarbeit hinaus wird die Stiftung sich vermehrt dem Transfer der Forschungsergebnisse widmen. Erste Ansätze eines Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik, z.B. mit dem Bundespräsidenten und dem Deutschen Bundestag, sollen weitergeführt und intensiviert werden. Hierbei müssen verstärkt die entscheidenden Schnittstellen zwischen beiden Seiten gefunden werden, um einen konstruktiven Austausch zu etablieren.

Schließlich müssen schon bald die Bemühungen verstärkt werden, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stiftung aufrechtzuerhalten. Die hohe Priorität, die der Erfüllung des Stiftungszwecks mittels einer intensiven Forschungs- und Nachwuchsförderung beigemessen wird, bindet schon jetzt einen beträchtlichen Teil der zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Der Verzicht auf Rückstellungen wie auch der Verzehr eines Teils des Stiftungsvermögens können zu einem nicht unerheblichen Substanzverlust und zu einer Einschränkung der Stiftungsaktivitäten führen, wenn nicht rechtzeitig Anstrengungen unternommen werden, die Kapitalausstattung wieder aufzustocken bzw. sie auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage zu stellen. Die Bilanz des ersten Jahres könnte hierfür eine ermutigende Grundlage sein.

-
- 1 Die Redebeiträge der Eröffnungsveranstaltung werden in Kürze als Broschüre veröffentlicht.
 - 2 So auch die Formulierung in § 2 der Satzung.
 - 3 Der Text steht in voller Länge auf der Internetpräsenz der DSF zur Verfügung unter www.bundestiftung-friedensforschung.de. Abgedruckt auch in: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 8 (2001), S. 259-266.
 - 4 Ebd.
 - 5 Für die meisten der hier genannten Forschungsprojekte steht eine zusammenfassende Darstellung auf der in Fußnote 3 genannten Homepage der DSF unter »Geförderte Projekte« zur Verfügung.
 - 6 Siehe hierzu zusammenfassend Ulrike C. Wasmuth: *Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung – Selbstverständnis – Politischer Kontext*. Münster 1998, bes. Kap. III.1.
 - 7 Projekt des Instituts für Mikrobiologie und Genetik der TU Darmstadt: »Präventive Rüstungskontrolle: Analyse von Potentialen für Rüstungskontrolle und Verifikation biologischer Waffen unter besonderer Berücksichtigung neuer Entwicklungen in der Biotechnologie«. Projektleiterin: Prof. Dr. K. Nixdorff.

- 8 Kleinprojekt des sunshine project e.V.: »Biosafety and Biosecurity: Eine Evaluation möglicher Synergien zwischen der Biowaffen-Konvention und anderen Übereinkommen zur biologischen Sicherheit«. Projektleiter: Dr. J. van Aken.
- 9 Projekt der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS) an der TU Darmstadt: »Kernwaffenrelevante Materialien und präventive Rüstungskontrolle«. Projektleiter: Dr. W. Liebert.
- 10 Projekt der Experimentellen Physik III Universität Dortmund: »Präventive Rüstungskontrolle und Nanotechnologien«. Projektleiter: Prof. Dr. D. Suter.
- 11 Projekt des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH): »Weltraumbewaffnung und die Möglichkeiten präventiver Rüstungskontrolle«. Projektleiter: Dr. G. Neuneck.
- 12 Projekt der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt (HSFK): »Rüstungskontroll-Expertengemeinde und Diskursgestaltung. Die Verstetigung des institutionenübergreifenden Internet-Projekts Raketenabwehrforschung International«. Projektleiter: Dr. B. W. Kubbig.
- 13 Projekt des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB): »Neue Formen der Gewalt im internationalen System: Möglichkeiten und Grenzen der Prävention«. Projektleitung: Prof. Dr. W.-D. Eberwein.
- 14 Projekt des Instituts für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung, Wahlenau (IFGK): »Komplexe Interventionen in die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, 1988-2001«. Projektleiterin: Dr. Barbara Müller.
- 15 Kleinprojekt des IFGK: »Balkan Peace Team 1994-2001. Zeigen, dass es anders geht«. Projektbearbeiterin: Dr. Barbara Müller.
- 16 Kleinprojekt der FH Regensburg: »Identität, Gender und Konflikt in den Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften des ehemaligen Jugoslawien«. Projektleiterinnen: Prof. Dr. R. Seifert und PD Dr. C. Eifler.
- 17 Projekt des Instituts für Frieden und Demokratie an der FernUniversität Hagen: »Nichtregierungsorganisationen in der transnationalen Konfliktprävention und -bearbeitung. Das Problem der demokratischen Legitimation und Verantwortlichkeit«. Projektleiter: Prof. Dr. H. Schmidt.
- 18 Projekt des Instituts für Informations- und Technologieforschung GmbH, Solingen (KOMTECH): »Die Informationskriege um den Balkan seit 1991«. Projektleiter: Prof. Dr. J. Becker.
- 19 Projekt des FB Psychologie der Universität Konstanz: »Nachrichtenmedien als Mediatoren von Demokratisierung, Peace-Building und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften – Entwicklung eines friedensjournalistischen Modells«. Projektleiter: Prof. Dr. W. Kempf.
- 20 Kleinprojekt des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Friedensforschung, Kiel (SCHIFF): »The Kaliningrad Challenge: Options and Recommendations from the Perspective of Conflict Prevention«. Projektleiter: Dr. C. Wellmann und Prof. Dr. H. Birckenbach.
- 21 Projekt der HSFK: »Between past and future. An assessment for the transition from conflict to peace in post-genocide Rwanda«. Projektleiter: Prof. Dr. L. Brock.
- 22 Projekt des Historischen Seminars der Universität Hannover: »Demobilisierung und Remobilisierung in Äthiopien ab 1991«. Projektleiter: Prof. Dr. H. Bley.
- 23 Projekt des FB für Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz: »Globalisierung und innenpolitische Stabilität. Der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotential«. Projektleiter: Prof. Dr. G. Schneider.
- 24 Projekt des FB Rechtswissenschaft der Universität Frankfurt/M.: »Redefining Sovereignty. The use of force after the end of the cold war. New options, lawful and legitimate?«. Projektleiter: Prof. Dr. M. Bothe.
- 25 Projekt des Instituts für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum (IFHV): »Informationsanforderungen bei der Ausübung des Selbstverteidigungsrechts nach der Charta der Vereinten Nationen«. Projektleiter: Prof. Dr. J. Wolf.
- 26 Für eine ausführliche Beschreibung siehe Dieter S. Lutz: Das Nachwuchsförderungsprogramm der Deutschen Stiftung Friedensforschung. In: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 8 (2001), S. 149-163.
- 27 Veröffentlicht auf der DSF-Homepage.
- 28 Veröffentlicht auf der DSF-Homepage.
- 29 Eine Dokumentation des Symposiums wird demnächst in der Schriftenreihe der DSF veröffentlicht. Für eine erste Berichterstattung siehe auch Jeanne Rubner: Guter Rat ist nie zu teuer. Eine neue Professur soll Physik und Friedensforschung verzahnen. In: Süddeutsche Zeitung vom 9./10. März 2002, S. 19; auch auf der DSF-Homepage.